

Beiträge zum Thema  
Widerstand

**BERLIN**

**21**

---

WALTER UHLMANN

**METALLARBEITER  
IM ANTIFASCHISTISCHEN  
WIDERSTAND**

INFORMATIONSZENTRUM BERLIN  
GEDENK- UND BILDUNGSSTÄTTE STAUFFENBERGSTRASSE

Vom Autor erweiterte Fassung eines Aufsatzes aus der Reihe  
„aus politik und zeitgeschichte“ (Nr. 18/80 vom 3. Mai 1980) mit Dokumenten im  
Anhang

**Walter Uhlmann**

## **Ein Metallarbeiter im antifaschistischen Widerstand**

Wegen Opposition gegen die ultralinke, antigewerkschaftliche Politik der KPD wurde ich 1928 ausgeschlossen und gehörte seitdem der KP (Opposition), der sogenannten Brandlergruppe, an. Im Jahr 1920, als 16-jähriger, war ich Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) geworden und hatte mich seitdem um eine aktive Gewerkschaftspolitik bemüht. Dafür ein Beispiel: Aufgrund meines im Jahre 1930 vor der erweiterten Ortsverwaltung des DMV Berlin begründeten Antrages gegen die Einführung einer Arbeitsdienstpflicht für die Jugend lehnte auch die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter derartige Pläne mit aller Entschiedenheit ab. Am 1. Februar 1933\* – ich war damals Vertreter der Kommunistischen Jugendopposition in der Reichsleitung der KPO – forderte unsere Organisation zu sofortigen gemeinsamen außerparlamentarischen Aktionen von SPD, Gewerkschaften und KPD auf, mit dem Ziel: Sturz der faschistischen Diktatur. Das war zwei Tage nach der Bildung der Hitler-Regierung. Ein Flugblatt hatte ich als Verantwortlicher gezeichnet, weil die Druckerei es sonst abgelehnt hätte, den Auftrag zu übernehmen. Bereits wenige Tage später fahndete die Polizei nach mir. Mehrere Male mußte ich daraufhin in Berlin den Wohnsitz wechseln. Ich wurde steckbrieflich gesucht. Auch dem Arbeitsamt in Berlin-Schöneberg lag die Fahndungsmeldung vor, so daß ich nicht einmal meine Arbeitslosenunterstützung abheben konnte.

Von 1933 bis zu meiner Verhaftung am 22. Februar 1937 lebte ich illegal in einem Hinterhaus in Berlin-Spandau. Unsere Organisation stand finanziell auf schwachen Füßen – eine Unterstützung war demnach unmöglich. Mit falschen Angaben gelang es mir, im Jahre 1934 als Mechaniker Arbeit bei der „Kreiselgeräte GmbH“ zu finden. Die Firma lag in der Goerz-Allee in Berlin-Zehlendorf, nur wenige hundert Meter von der Stadtgrenze nach Teltow entfernt. Hier, in einem Rüstungsbetrieb mit einer Belegschaft von etwa 500 Mann, entstand auf meine Initiative hin im Jahre 1934 eine illegale gewerkschaftliche Widerstandsgruppe. Der Betrieb wurde von Woche zu Woche größer; in der neuen Belegschaft „beroch“ man sich gegenseitig und entdeckte bald, wer beim Betreten des Werks mit betonter Überzeugung die Hand zum Hitlergruß erhob. Denn im Pförtnerhäuschen nahm allmorgendlich der Leiter der „Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation“ (NSBO) sehr kritisch seine Parade ab. In der Dreherei, der mechanischen Fertigung, der Montage und im Materiallager hatte er einige uniformierte Nazis untergebracht. Hauptsächlich handelte es sich um Hilfsarbeiter, die aufgrund

---

\*Siehe Dokument im Anhang S. 22/23

ihrer Mitgliedschaft in der SA (Sturmabteilung) oder NSDAP in den Betrieb geschleust worden waren. Die Facharbeiter (Dreher, Mechaniker, Werkzeugmacher) waren zum großen Teil ehemalige Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, jetzt aber gewerkschaftlich „heimatlos“.

Der 1. Mai 1934 kam heran. Wenige alte Gewerkschaftler waren, wie sich in Gesprächen herausstellte, im Vorjahr auf dem Tempelhofer Feld gewesen. In jenem Jahr hatte Hitler den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärt. Anstatt nun aber klare Grenzen zu ziehen, forderte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), die Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften, zur Teilnahme an dieser Nazi-Maikundgebung auf. Man gab sich der verhängnisvollen Illusion hin, der Nazistaat sei nur von kurzer Dauer und auf die großen gewerkschaftlichen Organisationen könne man nicht verzichten. Die Führung glaubte, daß es möglich sei, mit den neuen Machthabern Abmachungen zu treffen, die eine Existenz der Gewerkschaften auch im „Dritten Reich“ sichern würden. Hans Gottfurcht, ehemals stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), kennzeichnet diese Situation in seinem Buch „Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen“: „Im Internationalen Gewerkschaftsbund bestand Enttäuschung über das Verhalten der deutschen Gewerkschaftsführung. Ihre Bereitschaft, in den Naziführern Verhandlungspartner zu sehen, war unverständlich.“<sup>1)</sup> Am 2. Mai 1933 gab es die Quittung für diese Verhandlungsbereitschaft: Alle Gewerkschaftshäuser in Deutschland wurden besetzt und die Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten „gleichgeschaltet“. Es gab aber auch einzelne Beispiele für Widerstandshaltungen: so zum Beispiel verhinderte der DMV-Bevollmächtigte persönlich das Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Gewerkschaftshaus in Eisenach.

Die Zeichen der Kapitulation vor den Nazis wirkten auch 1934 unter den Kollegen der Firma „Kreiselgeräte“ noch deprimierend nach und immer wieder gab es Diskussionen unter vier Augen am Arbeitsplatz oder auf dem Heimweg. Inzwischen kannten sich eine ganze Anzahl von Kollegen; sie vertrauten sich gegenseitig. „Uns bekommt niemand zur Nazi-Partei oder gar zur Nazi-Maiparade. Wir gehen zwar zum Sammelplatz, aber dann verduften wir“, war die Parole, die bald von Mund zu Mund ging. An jenem 1. Mai 1934 konnten wir erneut prüfen, auf wen Verlaß war. Wir lernten wiederum eine Menge: Dem einen konnte man mehr anvertrauen als dem anderen, und die „Schlappen“, wie wir sie nannten,

---

<sup>1)</sup> Hans Gottfurcht: „Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen“. Bund-Verlag, Köln, 1962, Seite 115.

entpuppten sich bei diesen Anlässen bald. Kurzum: unsere Gruppe formierte sich im Untergrund des Betriebs – freilich ohne Uniform und Abzeichen.

Ein Ereignis, bei dem sich die heimlichen Fronten im Betrieb abzeichneten, war die sogenannte Röhm-Revolte im Juni 1934. Wenige Tage danach kam es zu einem Wortwechsel zwischen einem SA-Mann und dem Mechaniker Bruno Kurze, einem kompromißlosen Gegner der Nazis. Der SA-Mann lief zum Obmann der NSBO und denunzierte unseren Kollegen. Bruno wurde daraufhin zum Betriebsführer, einem ehemaligen Kapitän, gerufen. In der Werkstatt bildeten sich Gruppen. Es gab böse Blicke und erregte Diskussionen. Der erste Zusammenstoß zwischen den Nazis und ihren Gegnern im Betrieb offenbarte, auf wen wir rechnen konnten. Die NSBO hatte die sofortige Entlassung des Kollegen und die Benachrichtigung der Polizei über den Vorfall verlangt. Die Erfüllung dieser Forderung aber wurde von der Betriebsleitung, die offenbar keine Spannung im Betrieb wollte und – wie sich später herausstellte – auch kein Freund der Nazis war, verhindert. Bruno kam nach zwei Stunden, gegen elf Uhr, vom Betriebsführer zurück und teilte uns kurz mit, was sich zugetragen hatte.

Nun mußte etwas unternommen werden. „Heute in der Mittagspause sammeln wir uns draußen auf dem Hof um Bruno!“ Unsere Brote verzehrend, saßen wir dann um ihn herum. Jeder sollte sehen: Bruno hat Freunde. Er steht nicht allein!

Heute erscheint das alles recht harmlos und kaum erwähnenswert. Damals aber, in einer Zeit des rücksichtslosen Terrors, waren selbst die Nazis von dieser Solidaritätsaktion im Betrieb überrascht. Die stille, doch sichtbare Schutzaktion stärkte das gegenseitige Vertrauen unter den Kollegen weiter. Sie zeigte den Nazis und der Betriebsführung, wie die Stimmung in der Belegschaft war und schützte bis zu einem gewissen Grade unseren denunzierten Kollegen. Die uniformierten Nazis aber wurden noch stärker ignoriert und verachtet.

Nach sechsmonatiger Arbeit – von Januar bis Juni 1934 – war es soweit, daß wir eine fest geschlossene gewerkschaftliche Widerstandsgruppe organisieren konnten. Ähnliches hatte sich auch in anderen Berliner Metallbetrieben abgespielt. Alte Bekanntschaften aus der Vertreterversammlung des DMV, den einzelnen Branchen- und Stadtteilversammlungen wurden wieder angeknüpft. Schon unmittelbar nach der Zerschlagung der freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 fanden sich hier und da die Kollegen in kleinem Kreis wieder zusammen. Jeder von ihnen

spürte: „Es muß weitergehen, wir dürfen nicht aufgeben.“ Die Verbindungen liefen bald quer durch Berlin, von den Arbeitsämtern — es gab noch viele Arbeitslose — bis in die Klein- und Großbetriebe von Spandau, Moabit, Neukölln und Siemensstadt.

Da gab es den Dreher Willi Bölke (SPD), bis 1933 Mitglied der erweiterten Ortsverwaltung des DMV. Seit Jahren schon besaß er freundschaftliche Beziehungen zu Kollegen der KPO. Sie hatten seit 1928 den antigewerkschaftlichen Kurs der KPD abgelehnt und bekämpft.

Zum gleichen Kreis zählten ferner mehrere Mitglieder der KPD, die entgegen der Parteilinie bis zum Schluß im Deutschen Metallarbeiter-Verband geblieben waren, anstatt sich dem Aufruf in der „Roten Fahne“ vom 30. März 1930 zur Gründung eines „Roten Metallarbeiter-Verbandes“ anzuschließen. Alle empfanden den Zusammenbruch der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung nicht als ein unabwendbares Schicksal. Seit Jahren hatten sie die Katastrophe kommen sehen. Bei ihnen gab es jetzt keine Verwirrung. Dringlichste Verpflichtungen waren für sie:

- kein freiwilliger Übertritt zur nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront (DAF);
- Zusammenschluß von Kollegen, um den Grundstock zur Bildung unabhängiger Klassengewerkschaften zu legen. Das konnten keine Massenorganisationen, sondern nur kleine Kadergruppen sein;
- keine Teilnahme an Veranstaltungen der DAF;
- keine Übernahme von Funktionen in der DAF.

Gerade diese letzte Verpflichtung war von besonderer Bedeutung, denn nicht wenig trug nach 1933 die Parole der KPD zur Verwirrung der Arbeiterschaft bei, die revolutionären Arbeiter müßten Funktionen in der nationalsozialistischen Deutschen Arbeitsfront übernehmen, um diese Organisation „von innen her zu erobern“. Eine solche Strategie hatte uns nach dem Zusammenbruch der einst so mächtigen deutschen Arbeiterorganisationen gerade noch gefehlt. Vor 1933 hatte die gleiche KPD-Führung die Arbeiter aufgefordert, den freien Gewerkschaften den Rücken zu kehren und sich den „roten Verbänden“ anzuschließen; nun sollten sie die von den Nazis beherrschten faschistischen Gewerkschaften „erobern“.

Nicht allein bei der Firma „Kreiselgeräte“ hatten sich gewerkschaftliche Widerstandsgruppen gebildet, sondern auch bei Goerz-Zeiss-Ikon in Zehlendorf, bei der Auto-Union in Spandau, bei Siemens in Marienfelde, bei der AEG und bei der Firma Lorenz AG, Schöneberg. Nun wurde als gemeinsamer organisatorischer Rahmen ein Aktionskomitee als zentrale Leitung für die bestehenden Widerstandsgruppen der Berliner Metallindustrie gegründet und die Herausgabe des illegalen Organs „Der Metallarbeiter“ beschlossen. Das Aktionskomitee, dem auch ich angehörte, konstituierte sich aus fünf Kollegen des ehemaligen DMV. Politisch gehörten sie zur SPD, KPO und KPD. Im Hintergrund stand keine große und finanzkräftige Organisation; alles wurde aus eigenen Mitteln geschaffen, so auch „Der Metallarbeiter, Organ des Aktionsausschusses der Gruppe Metall“.\* Wie aus dem Untertitel ersichtlich, waren auch in anderen Industriezweigen Aktionsausschüsse entstanden, so zum Beispiel im graphischen Gewerbe.

Die Herstellung des „Metallarbeiters“\*\* war mit vielerlei Schwierigkeiten und Risiken für die daran Beteiligten verbunden; das Material mußte gesammelt, die Wachsplatten geschrieben und das Abzugspapier für den Vervielfältigungsapparat beschafft werden. Aber wer war schon bereit, in seiner Wohnung solche „hochverräterischen und verbrecherischen Handlungen“ zu gestatten. Schon das Klappern einer Schreibmaschine konnte verhängnisvoll sein. Schließlich mußte nach der Herstellung der Zeitung alles sicher, aber auch schnell verfügbar, versteckt werden. Wenn die Zeitung technisch fertiggestellt war, begann die Konspiration erst richtig. Zuverlässige Kollegen, oft deren Frauen, brachten das Material, in einem Tuch um den Leib gewickelt, in die einzelnen Berliner Stadtteile. Dort nahmen es die Vertrauensleute der betrieblichen Gewerkschaftsgruppen in Empfang und sorgten für die Weiterverbreitung in ihren Betrieben. Dies aber erforderte ein ganz besonderes Maß an Menschenkenntnis, Geschicklichkeit, vor allem aber einen großen, auf Überzeugung basierenden Mut, gepaart mit den strengsten Regeln für illegales Arbeiten.

Jeder mußte sich immer wieder vor Augen halten: Werde ich bei der Weitergabe des „Metallarbeiters“ geschnappt oder auch nur beobachtet, dann gefährde ich nicht nur mich, sondern auch viele andere. Am Ende stehen KZ, Gefängnis, Zuchthaus. Einmal konnte aus Sicherheitsgründen für den Wohnungsinhaber der Vervielfältigungsapparat längere Zeit nicht benutzt werden. Was war zu tun? In kleinerem Kreis wurde das Problem besprochen. Unsere Freunde in einem Charlottenburger Radiobetrieb fanden einen wahrhaft ungewöhnlichen Ausweg. Eines Tages war der Vervielfältigungsapparat der Nazi-Betriebsgruppe verschwunden — er hatte den Besitzer gewechselt.

---

\*Siehe Dokumente im Anhang

Und so ging die Sache vor sich. In den Heliowatt-Werken (Nora-Radio) in Berlin-Charlottenburg, Wilmsdorfer Str., existierte seit 1933 nicht nur die NSBO, die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, sondern auch eine illegale gewerkschaftliche Widerstandsgruppe, die der Nazi-Propaganda aus dem Untergrund entgegenwirkte. Während die NSBO vor allem in materieller Hinsicht durch die Firmen-Direktion unterstützt und gefördert wurde, beruhte die illegale Tätigkeit der Widerstandsgruppe nur auf der ideologischen und finanziellen Opferbereitschaft ihrer Mitglieder.

Um die Ergebenheit der Firma gegenüber den Nazis wieder einmal unter Beweis zu stellen, wurde von der Direktion ein hochmoderner, sehr leistungsfähiger und nicht billiger Vervielfältigungs-Apparat gekauft und der Nazi-Betriebsgruppe zur Verfügung gestellt. Deren Führer, Jahn und Vogel, waren mit Hilfe dieses Gerätes noch mehr als bisher in der Lage, faschistische Propaganda zu betreiben.

Es galt nun, die völlig ungleichen Bedingungen für die illegale Betriebsarbeit unter den Kollegen möglichst bald zu korrigieren. Unsere Anti-Nazi-Gruppe traf also alle Vorbereitungen zur „Entführung“ des Abzieh-Apparates an einen illegalen Standort.

Eines ihrer jüngsten Mitglieder, Karl Wittwer aus der Giesebrechtstr. in Charlottenburg, der bei der Firmen-Direktion mit der Erledigung der hauptsächlich nach Beendigung der normalen Arbeitszeit anfallenden Postausgangsarbeiten beauftragt war, traf in dem wenige Meter entfernten Lagerraum alle Vorbereitungen für den geplanten geheimen Abtransport des modernen Vervielfältigungs-Apparates. Tag und Stunde waren genauestens geplant. Darum öffnete er schließlich auch die sonst verschlossene Tür des Geräte-Raumes zu einem Treppenaufgang, der auch von privaten Mietern im gleichen Firmen-Block benutzt wurde.

Inzwischen war verabredungsgemäß wenige Häuser nebenan ein Taxi mit dem Fahrer Max Rothe aus der Kantstr. in Charlottenburg vorgefahren. Dem Taxi entstieg unser Genosse Kurt Wiegard aus der Körnerstr. in Berlin-Spandau mit einem Wäschekorb. Obendrauf lag ein großes Leinentuch, wie es damals in den handbetriebenen Wäsche-Mangeln benutzt wurde.

Wiegard überreichte dem Taxifahrer seriös einen 20 Reichsmark-Geldschein als Gewähr dafür, daß er bald zurückkomme. Dann stieg er die ihm bereits bekannte Treppe bis zur 3. Etage hinauf. Dort drückte er lediglich die angelehnte Stahltür auf und stellte den schon bereitstehen-



den Vervielfältigungs-Apparat in den mitgebrachten Wäschekorb, deckte alles mit dem Leinentuch zu und kehrte nach wenigen Minuten zurück zum Taxi. Oben, bei der Firma, frankierte unser junger Karl Wittwer inzwischen im Kreise seiner anderen Kollegen die Ausgangspost wie üblich weiter. Übrigens, Wittwer und der heimliche „Dieb“ Kurt Wiegard kannten sich überhaupt nicht; denn alles war haargenau von der illegalen Widerstandsgruppe bei der Firma in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen vorbereitet worden. Selbst der Taxi-Fahrer gehörte zu den Illegalen, aber worum es hier ging, wußte er auch nicht.

Ins Auto zurückgekehrt, dirigierte Wiegard die Fahrt in den Bezirk Prenzlauer Berg im Nordosten Berlins. Die Taxi-Gebühr wurde mit der Vorauszahlung der 20 Reichsmark verrechnet und der Ordnung halber stellte der Fahrer auch noch eine Quittung als Beleg der Fahrt-Kosten aus. Weil der Wäschekorb mit Inhalt nicht leicht war, half dem schwerschleppenden Transporteur ein „zufällig“ in der Nähe befindlicher Spaziergänger – der Genosse Fritz Popper vom Arnim-Platz im Prenzlauer Berg – zum geplanten Abstellraum. Über eine Durchgangsstelle gelangte der Apparat schließlich an seinen Arbeitsort. Schon wenige Tage später wurde zur Zufriedenheit der Widerstandsorganisation der „Metallarbeiter“ und anderes illegales Material gedruckt.

Im Betrieb Heliowatt aber herrschte am nächsten Tag höchste Aufregung. NSBO und Firmen-Direktion schalteten nicht die Kriminal-Polizei, sondern sofort die Gestapo (Geheime Staatspolizei) ein. Die „Braunen“ hatten offenbar gleich den richtigen „Riecher“. Weil Karl Wittwer trotz seiner Jugend als „Nicht-Nazi“ bekannt war, wurde auch er von der Gestapo wiederholt vernommen. Ein Zusammenhang mit dem Diebstahl des Vervielfältigungs-Apparates konnte ihm jedoch nicht unterstellt werden. Außerdem bestätigten seine Kollegen sein „lückenloses“ Alibi bei seiner fleißigen Frankier-Arbeit. Schließlich ließ man ihn in Ruhe.

Die Gestapo war auch später nicht in der Lage, den „Diebstahl“ aufzuklären. Kurt Wiegard und Max Rothe setzten auch in den folgenden Jahren ihre Widerstandsarbeit fort. Fritz Popper und Erwin Lenz – der Organisator der ganzen Aktion – wurden zwar von der Gestapo, die sich bei den Heliowatt-Werken so erfolglos bemüht hatte, im Jahre 1937 wegen anderer Widerstandsarbeit verhaftet, Popper gelang es jedoch unter dramatischen Umständen am S-Bahnhof Treptow der Gestapo wieder zu entfliehen. Über die Schweiz und Frankreich gelangte er nach Schweden, das ihm schließlich Asyl gewährte. Erwin Lenz wurde wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu mehreren Jahren Zuchthaus und anschließendem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte sowie langer

Polizei-Aufsicht verurteilt. Die Sache mit der „Entführung“ des Vervielfältigungsapparates ist jedoch nie bekannt geworden.

Die Beschaffung des Abzugspapiers sowie der Transport und die Verteilung des illegalen gewerkschaftlichen Materials wurden immer schwieriger. Ohne besondere Genehmigung wagte es kein Geschäftsmann, Vervielfältigungsapparate oder Abzugspapier zu verkaufen. Die Gestapo hatte begriffen, wie man die Untergrundarbeit – wenn schon nicht völlig unterbinden, so doch bis zu einem gewissen Grade – hemmen und lähmen konnte. Auch hier fand sich ein Ausweg, der unsere Arbeit in mancher Hinsicht sogar erleichterte. Wir stellten uns auf die fotomechanische Vervielfältigung um. Von nun an paßte der „Metallarbeiter“ in die damals übliche Zwanziger-Zigaretten-Packung. Wenn Freunde von uns in Gefahr gerieten – es gab oft Razzien in den Straßen –, war es leichter, eine solche Zigarettenpackung verschwinden zu lassen als ein Bündel abgezogener Zeitungen. Für das Weiterreichen am Arbeitsplatz oder die Hinterlegung in Garderobenschränken oder auf den Toiletten war das kleine Format von unschätzbarem Vorteil.

Ein Teil der überzeugungstreuen Berliner Metallarbeiter hatte mit dem Aktionsausschuß und der regelmäßigen Herausgabe ihres Organs einen Mittelpunkt des organisierten Kampfes geschaffen. Das Ziel hieß: Bildung weiterer gewerkschaftlicher Widerstandsgruppen. Dies war eine – wenn auch bescheidene – Antwort auf das Versagen der großen Arbeiterorganisationen. Meßbar wurden die Ergebnisse der illegalen Tätigkeit besonders nach den „Vertrauensrätewahlen 1935“. Frei gewählte Betriebsräte waren von den Nazis verboten worden. Als Ersatz propagierte die Deutsche Arbeitsfront betriebliche „Vertrauensräte“; die Kandidaten stellte die NSBO auf. Für Arbeiter mit einer gewerkschaftlichen Vergangenheit war es selbstverständlich, kein von den Nazis abhängiges Amt anzunehmen. Wer auf den Listen der Nazis kandidierte, der bejahte das Dritte Reich und wurde von uns als Überläufer betrachtet. Die Arbeiter in den Betrieben gaben denn auch die richtige Antwort anläßlich dieser Vertrauensräte-Wahlen. Wir zitieren aus einem illegalen Flugblatt des Aktionsausschusses der „Gruppe Metall“ aus dem Jahre 1935:

„Die Wahlen zu den ‚Vertrauensräten‘ liegen hinter uns. Die gleichgeschaltete Presse meldet 83 Prozent Ja-Stimmen. Dabei passiert ihr das Malheur, nur etwas über sieben Millionen Abstimmungsberechtigte zu registrieren. Der Schwindel ist so dick aufgetragen, daß selbst Nazi-Anhänger in den Betrieben das amtliche Siegesgeschrei belächeln. Die Resultate bewiesen im einzelnen, daß der Propagandaapparat der Nazis weiter nichts produzierte als lauter Bluff.

Bei der „*Knorrbremse*“ in Berlin z. B. ist die Liste von der Mehrheit der Belegschaft abgelehnt worden; daraufhin hat ein Beauftragter des ‚Treuhanders‘ die abgelehnten Vertrauensräte trotzdem eingesetzt.

Bei AEG-Telefunken und einer Reihe anderer Großbetriebe ist ein Teil der Kandidaten mit knapper Mehrheit gewählt worden, ein anderer Teil durchgefallen.

Die gleichen Erscheinungen wie in Berlin zeigten sich im Reich. An der Wasserkante, im Ruhrgebiet, in Stuttgart, Breslau und Dresden, in den Gebieten, wo die Kollegen die illegale Gewerkschaftsarbeit aufgenommen hatten, überall dasselbe Bild der Ablehnung des Dritten Reiches und seiner Lakaien.“

Nie wieder versuchten die Nazis, die Arbeiter in den Betrieben in geheimer Abstimmung um ihre Meinung zu befragen. Die Vertrauensrätewahlen 1935 haben ihnen für immer gereicht. Wir bei „Kreiselgeräte“ waren besonders stolz auf das Wahlergebnis, denn noch 1934 gab es nur neun ungünstige beziehungsweise Nein-Stimmen. Diesmal aber hatten wir insgesamt 220 von 500 Beschäftigten erreicht. Erst hieß es, die Wahl werde wegen der vielen Enthaltungen und Nein-Stimmen wiederholt. Aber auch das ließen die Nazis dann sein. Unsere Arbeit ging weiter. Erst im Dezember 1936 traten die letzten fünf Kollegen in die Deutsche Arbeitsfront — die Zwangsorganisation der Nazis — ein. So lange hatten wir uns widersetzt. „Der Metallarbeiter“ drang in weitere Betriebe ein. Dennoch wußten wir: Das Nazi-Regime werden wir allein nicht aus den Angeln heben. Aber die Arbeit trug dennoch Früchte. Unser Beispiel machte Schule, das Verbreitungsgebiet ging über Berlin hinaus.

Im Februar 1937 war für mich die illegale Tätigkeit zu Ende. Im Betrieb wurde ich von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) verhaftet. Daß die Gruppe weiterarbeitete, hörte ich später. Die Kosten für meinen Wahlverteidiger im Prozeß vor dem Volksgericht hatten die Kollegen der gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen bei „Kreiselgeräte“ und „Goerz“ aufgebracht.

Das Urteil lautete: 8 Jahre Zuchthaus. Im Februar 1945 wäre die Zeit umgewesen. Jedoch erst Ende April 1945 wurden die Gefangenen im Zuchthaus Brandenburg-Görden durch den Vormarsch der Sowjetarmee befreit.

Die vorstehende Schilderung soll nicht nur zeigen, daß auch im 3. Reich — trotz Terror und Folter — aktive Widerstandsarbeit möglich war,

sondern, daß dies auch Erfolg hatte und es selbst der gefürchteten Gestapo nicht gelang, gewerkschaftliche und politische Untergrundarbeit „aufzuklären“. Wenn mehr Deutsche ihrer Pflicht als Menschen und Demokraten vor und nach der „Machtergreifung“ der Nazis im Jahre 1933 genügt hätten, wäre dem deutschen Volke und vielen anderen Völkern der Krieg 1939 – 1945 mit allen seinen Leiden und Folgen erspart geblieben.

### **Das letzte Jahr im Zuchthaus Brandenburg**

Im Juni 1944 fuhr der LKW des Zuchthauses Brandenburg, ein auf Holzgas umgestellter Drei-Tonnen-Diesel, wieder einmal von Brandenburg nach Berlin. Wir brachten Möbel hin und holten Leder und andere Rohmaterialien zur Weiterverarbeitung für die Schuhmacherei, Schneiderei und die anderen Werkstätten der Anstalt. Mein „Schien“ (Bezeichnung für den Anstaltsbeamten durch die Häftlinge) war der Hilfswachtmeister und Chauffeur des LKW, Willi Donath; als sein Mitfahrer war ich verantwortlich für Pflege und Instandhaltung des Wagens einschließlich der Beladung mit „Treibstoff“. Das war in unserem Falle kleingeschnittenes Buchenholz, gemischt mit Kiefer, beides aus der Anstaltstischlerei.

Mit Willi Donath verband mich seit Ende 1943, als ich vom technischen Büro der Tischlerei als Mitfahrer für den LKW abgestellt wurde, bald ein Vertrauensverhältnis. Mein Vorgänger auf dem Wagen war ein Krimineller. Bei den Fahrten außerhalb Brandenburgs betrieb er kleine und größere Schiebereien, die Donath oft in Schwierigkeiten brachten. Bei mir als „Politischen“ setzte er wohl voraus, daß ich ihm nicht derartiges Herzklopfen bereiten würde. Zigarettschmuggel war denn auch nicht meine Passion.

Bald hatten wir uns gegenseitig beschnuppert. Es gab offene Aussprachen über den Krieg, die Nazis und die täglichen Ereignisse. Ich „schob“ natürlich auch, nahm in den Holzsäcken, als gutem Versteck oben auf dem Dach des Fahrerhauses, Briefe und Päckchen meiner politischen Kumpels mit nach draußen. Unsere Fahrten führten uns fast in jeder Woche einen, nicht selten auch mehrere Tage nach Berlin-Moabit, Plötzensee, Lichtenberg oder ins Frauengefängnis Barnimstraße. Eine beliebte Tour war auch die nach Werdau, einer Industriestadt bei Zwickau. Dort holten wir Garne für die Zuchthausweberei. Andere Aufträge führten etwa nach Prenzlau oder nach Thüringen.

Bei einer der ersten Berlin-Fahrten, etwa Ende 1943, willigte Donath ein, daß wir kurz bei Grete (meiner Verlobten) in der Ziegelstraße zum Kaffee-

trinken gingen. Für ihn war das natürlich ein Risiko, ging etwas schief, riskierte er Kopf und Kragen. Aber dieser erste Versuch vertiefte das Vertrauensverhältnis zwischen uns und auch das zu Grete. Er mußte wohl den Eindruck gewonnen haben: Mit denen kann es nicht schiefgehen. Und so war es auch. Wir brachten meinen Hilfsschienen nicht in Verlegenheit. Unser Verhältnis zueinander wurde mit der Zeit unbelastet und offen. Besorgte ich z. B. unterwegs Kartoffeln und andere rare Dinge, konnte ich das alles in Berlin bei Grete abladen. Willi Donath war natürlich nie unmittelbar dabei, obwohl er zuweilen wußte, was geschah. In solchen Fällen stieg er an einer bestimmten Stelle vom LKW ab und ließ mich mit meiner Fracht allein weiterfahren. Danach trafen wir uns wieder. Vorher wurde für den Fall einer Kontrolle genau verabredet, was gesagt werden sollte. So vereinbarten wir z. B. zu sagen, daß ein neuer Anlasser für den Motor beschafft werden müsse. Willi ging in bestimmte Geschäfte, während ich auf einen Schrottplatz fuhr und bei dieser Fahrerei meine Anliegen besorgte. Die Briefe aus dem Zuchthaus brachte ich zu Grete. Diese leitete sie dann – oft persönlich – an die Adressaten weiter und nahm auch später die Antworten wieder in Empfang. Bei unserer nächsten Berlinfahrt lagen dann die Sachen zur Beförderung ins Zuchthaus bereit.

Auf diese Weise erfuhr ich eines Tages von Grete, daß mein früherer Kollege und enger Freund Fritz Nitzschke, geboren 1905 in Braunschweig, sich selbständig gemacht hatte. In der Prinzenstraße, unmittelbar am Moritzplatz, betrieb er mit einem Lehrling eine kleine optisch-feinmechanische Werkstatt. Wichtiger und interessanter war für mich jedoch, daß er mit Anton Saefkow (einem früheren Mitglied einer KJV-Jugendgruppe, der auch Grete angehört hatte) illegal zusammenarbeitete. Mein Vorsatz, Fritz Nitzschke bei nächster Gelegenheit aufzusuchen, war bald gefaßt.

Das also war die Situation als ich im Juni 1944 mal wieder in Berlin zu Fuß bzw. per U-Bahn angeblich auf ‚die Suche nach dringend gebrauchten Teilen für unseren LKW‘ ging. Donath setzte mich am frühen Nachmittag am Anhalter Bahnhof ab und fuhr mit Synek (einem Politischen aus der Tschechoslowakei) weiter. Zuvor hatten wir vereinbart, uns wieder um 17.00 Uhr in Moabit gegenüber der Untersuchungshaftanstalt Ecke Wilsnacker- und Turmstraße zur Rückfahrt nach Brandenburg zu treffen. In Wirklichkeit führte mein Weg mit der U-Bahn zu Fritz Nitzschke. Mit der Zuchthauskleidung konnte man sich natürlich nicht in Berlin bewegen. Am sogenannten Potsdamer Berg, kurz vor Wannsee, mußte der Holzkocher neu aufgefüllt werden. Bei der Gelegenheit verschwand ich unter der LKW-Plane und wechselte die Kleidung. Die schwarze Hose mit den

langen gelben Streifen sowie das schwarze Jackett mit dem eingenähten gelben Querstreifen am linken Ärmel wurden in einen leeren Sack gestopft. In wenigen Minuten erschien der Beifahrer mit blauer Hose und Jacke, wie in einer Monteurkluft. Damit fiel ich nun nicht mehr auf.

Angemeldet war ich bei Fritz Nitzschke nicht. Am Hauseingang wies ein kleines Schild den Weg zur Werkstatt. Im Hinterhof stieg ich bis zum zweiten Stock und betrat voll innerer Spannung die Werkstatt. Fritz riß freudig die Augen auf. Sofort hatte er mich erkannt. Wir waren allein. Der Lehrling war zu meinem Glück in der Schule.

Ich stand in einem relativ kleinen Raum, in dem sich eine Mechaniker-Drehbank und eine Werkbank mit zwei Schraubstöcken befanden. Es kam zu einer herzlichen Begrüßung. Fritz sprach nicht nur von seiner Zugehörigkeit, sondern von seiner direkten und aktiven Mitarbeit in der Saefkow-Gruppe. Die Verbindung dazu war von Werner Jurr hergestellt worden. Dieser hatte bereits 1937 drei Jahre Zuchthaus wegen Hochverrats in Brandenburg „abgesehen“. Schon seit 1928 waren wir drei eng befreundet. Werner war damals Reichsleiter der „Roten Jungfront“ und Mitglied des KJVD und der KPD, aber wegen „rechter Abweichungen“ ausgeschlossen und dann Mitglied der KPD (Opposition) – Gruppe Brandler-Thalheimer – geworden. Etwa 1932 trennte er sich wieder von dieser Gruppe und arbeitete in der „Roten Hilfe“. Fritz Nitzschke selbst gehörte keiner politischen Gruppierung an. Er sympathisierte jedoch ganz allgemein mit der kommunistischen Bewegung. Sein Hobby und Beruf zugleich waren die Feinmechanik und Konstruktionsarbeit. Das brachte ihm auch schon damals viele interessante Aufträge.

Das tägliche Leben und die Erfahrungen seiner Freunde machten auch Fritz Nitzschke zu einem entschiedenen Gegner des NS-Regimes. Er wollte nicht abseits stehen. Werner Jurr vermittelte ihm den Weg zur illegalen Bewegung.

Sein Charakter und seine unbedingte Hilfsbereitschaft schafften die Voraussetzungen dafür, daß er ohne Bedenken seine Wohnung, besonders aber seine kleine Werkstatt der Untergrundorganisation zur Verfügung stellte. Daß er aktiv mitwirkte, hatte ich schon von Grete gehört. Als er aber, sozusagen aus Freude über den Besuch seines Freundes aus dem Zuchthaus, nun erzählte, was er alles machte, war ich doch erstaunt, welche Verantwortung er übernommen hatte. Von der Werkstatt führte eine Tür zum Materiallager, dort setzten wir uns. „Hier werden die Abzüge der illegalen Flugblätter hergestellt und vervielfältigt“, sagte Fritz. Er öffnete einige Kisten und zeigte mir Apparate und Flugschriften.

Einige trugen die Unterschrift „Nationalkomitee Freies Deutschland, Berliner Ausschuß“. „Das ist unsere Arbeit“, meinte Fritz. Auch von Attentatsversuchen und Attentatsvorbereitungen auf Hitler erzählte er. Innerlich glaubte ich in diesem Moment er übertreibe, zumindest was die Attentate betraf. Ich erklärte mir das damit, daß er nie einer politischen Organisation angehört hatte. Auch war ich über das Maß des Vertrauens erstaunt, das er mir sogleich entgegenbrachte. Aus der eigenen illegalen Tätigkeit wußte ich, daß man so offen eigentlich auch gegenüber Freunden nicht sein sollte. Ich erfuhr von seiner Verbindung zu den führenden Leuten der Gruppe, den Kontakten zu Zellen der Wehrmacht. Andererseits war das alles für mich gerade angesichts des militärischen und politischen Niedergangs der Nazi-Diktatur besonders beeindruckend und auch anspornend. Im Zuchthaus diskutierten wir zwar bei jeder möglichen Gelegenheit über die Probleme, hier aber hatte ich nun unmittelbaren Kontakt zu einer offenbar weitreichenden Widerstandsbewegung; davon mußten die politischen Freunde in Brandenburg Kenntnis erhalten. Fritz gab mir ohne Zögern einige Exemplare der illegalen Flugschriften mit. Ich verstaute sie in meiner zivilen Zuchthauskluft und wollte nun gehen. Die Zeit drängte, denn ich mußte zum vereinbarten Treffpunkt mit unserem LKW.

„Jetzt will ich Dir noch einen Freund vorstellen“, meinte Fritz und holte aus dem oberen Stockwerk einen Mann mittleren Alters. „Bei ihm hören wir immer die ausländischen Sender“, sagte er voller Stolz. Und – mir stockte beinahe der Atem – fügte noch hinzu: „Das hier“ – wobei er auf mich zeigte – „ist mein alter Freund Uhle.“ Wir begrüßten uns kurz, wechselten einige Sätze, dann verließ ich die Werkstatt.

In Moabit mußte ich voller Unruhe fast eine Viertelstunde warten. Der Zuchthaus-LKW hatte Verspätung. Die Rückfahrt begann. Beim nächsten „Tanken“ verbuddelte ich das Material wieder in einem leeren Sack, und so gelangte es am Abend ins Zuchthaus Brandenburg.

Den engeren politischen Freunden berichtete ich einzeln in den nächsten Tagen von einigen Erlebnissen in Berlin, und das mitgebrachte illegale Material machte so die Runde im Kreis der Vertrauten. Nach meiner Erinnerung waren es Walter Mickin, Zeichner in der Tischlerei, Thomas Mrochen, Schlosser in der Tischlerei, Edu Wald und Robert Dewey vom Büro der Tischlerei, Max Frenzel, Kalfaktor in der Schuhmacherei Haus 1, und Herbert Kratzsch, Außenkolonne<sup>2)</sup>.

---

<sup>2)</sup> Max Frenzel, Hauptautor des DDR-Berichtes über das Zuchthaus Brandenburg: „Gesprengte Fesseln“, Militär-Verlag der DDR, verschweigt dies alles aus Gründen der Parteidoktrin; denn Uhlmann verließ 1953 die DDR. Siehe auch: Walter Uhlmann, Blick hinter Gitter: Gesprengte Fesseln, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung (IWK), Juni 1977.

Einige Tage später stand ich mit dem LKW vor der Garage, als die Außenkolonne einrückte und in der Nähe des Wagens hielt. Herbert Kratzsch drängte sich unauffällig zu mir. Leise und bewegt berichtete er mir vom heutigen, nicht angemeldeten Besuch seiner Frau. Sie hatte einen Weg gefunden, um Herbert auf seinen Außen-Arbeitsstellen zu sprechen. Das wiederum war nur durch die Toleranz des diensthabenden Wachtmeisters möglich. Außerdem galt Herbert als eine Art Vorarbeiter in seiner Kolonne. Frau Kratzsch brachte eine Hiobsbotschaft aus Berlin; sie hatte alles unternommen, um Herbert schnellstens zu benachrichtigen: Fritz Nitzschke sei verhaftet worden. Die Gestapo habe erfahren, daß ein gewisser „Uhle“ kürzlich in der Werkstatt gewesen sei und fahnde nun nach ihm.

Herberts Frau wohnte in der Nähe des Moritzplatzes in Berlin und gehörte ebenfalls zur Saefkow-Gruppe. Ich war also gewarnt und reagierte nicht wenig aufgeregt. Würden Fritz und der Mann, dem ich in der Werkstatt vorgestellt worden war, „dichthalten“ können? Ich mußte jedenfalls täglich mit dem Schlimmsten rechnen. Doch es blieb still um mich.

Die Tage im Zuchthaus verliefen wie üblich. Eines Abends im Spätsommer 1944, wir waren erst nach der Essensausgabe von einer Fahrt zurückgekehrt, ging ich mit meinem Essenskrug von der Garage zur Küche. Als ich bei der Schlosserei um die Ecke bog – gegenüber lag das Haus 4 – rief plötzlich jemand leise, dann halblaut: „Uhle, Uhle . . .“. Ich traute meinen Ohren kaum, denn wer kannte hier schon meinen Berliner Namen. Vorsichtig blickte ich mich um in Richtung der Zellenfenster im 1. Stock des Sicherungsbaus. Von dort kam eine Stimme: „Hier ist Fritze, Fritze aus Berlin . . .“. Mir war sofort klar, daß dies nur Fritz Nitzschke sein konnte. Zugleich aber kam auch ein furchtbarer Gedanke, denn uns war bekannt, daß dort oben die Zellen der Todeskandidaten lagen.

Am nächsten Morgen kam Arbeitsinspektor Dahms zur Garage. Er gab Anweisungen für die nächste Fahrt. Ich benutzte die Gelegenheit, ihn anzusprechen. Von Willi Donath wußte ich, daß Dahms kein Nazi war und den Politischen zuweilen mit einem gewissen Verständnis gegenüberstand. Ich schilderte, wie ich erfahren hatte, daß mein ehemaliger Berufskollege Nitzschke in einer Todeszelle saß.

Aus dem Fall Robert Havemann war mir bekannt, daß in seltenen Fällen die Vollstreckung der Todesstrafe hinausgeschoben werden konnte, nämlich dann, wenn der Betreffende für wichtige berufliche Arbeiten im



Zuchthaus gebraucht würde. Und Fritz war ein hochbegabter Konstrukteur. Dies alles unterbreitete ich dem Amtmann und hatte sogar ein wenig Hoffnung, denn seit dem 20. Juli 1944 schien den politischen Gefangenen das Ende der Nazidiktatur nicht mehr in allzu weiter Ferne. Jetzt trug unter Umständen jeder Monat zur Lebensrettung bei.

Anfang Juli 1944 war die Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe in Berlin „hochgegangen“. Der Prozeß im September endete mit Todesurteilen. Auch Anton Saefkow hatte man nach Brandenburg transportiert. Er kam in der Gewißheit, daß die Naziherrschaft im Herbst zu Ende gehen würde. So jedenfalls hatte er Max Frenzel versichert, der ihn kurz sprechen konnte. Indessen lief die Hinrichtungsmaschinerie in der Garage des Hauses 1 mehrere Male wöchentlich auf vollen Touren. Fröhlich, vor dem Ausrücken zur Arbeit, hörten wir in der Unterkunft in kurzen Abständen den dumpfen Klang des Fallbeiles. Alle zählten schweigend mit. Jeder Fall ein Opfer . . .

Über Nitzschke erfuhr ich zunächst nichts mehr. Ihn in seiner Zelle zu sprechen, war unmöglich. Eines Abends wusch ich im kleinen Hof, neben der Unterkunft des Hauses 2, den LKW. Wieder rief einer: „Uhle“ und wieder war es Fritz. Man hatte ihn also verlegt. Ich hoffte, daß man ihn beruflich eingesetzt hatte, aber er war nur näher an die Hinrichtungsstätte gebracht worden.

Durch den Wachtmeister erfuhr ich, daß die Henkersknechte bereits übermorgen ihr blutiges Handwerk wieder betreiben würden. Am Abend davor hatte dieser Wachtmeister auf dem A-Flügel, Haus 2, Nachtdienst. Wir waren ziemlich spät an diesem Tage mit dem LKW in die Anstalt zurückgekommen. Beim Aufschließen des Waschraumes sagte mir der Beamte, daß morgen in aller Frühe die Henker kommen würden. Mein Bekannter sei bereits nach unten auf den A-Flügel verlegt worden. Auf meine Bitte hin, mir doch die Möglichkeit zu geben, ihn noch einmal zu sehen, blickte der Wachtmeister nach oben; dort hatte der Hauptwachtmeister vom Dienst normalerweise seinen Platz, doch er war nicht zu sehen. Wir überquerten rasch den Flur und vor einer 3-Mann-Zelle schob der Beamte zunächst die Klappe vom Spion zur Seite und blickte in die Zelle. Dann schloß er leise auf und schob mich mit einem sanften Druck hinein. Fritz kam einen Schritt auf mich zu. Wir umarmten uns. Wir waren nicht allein; am Fenster saß ein gebeugter, völlig in sich zusammengesunkener zweiter Mann, auch er ein Todeskandidat. Fritz stellte ihn mir vor. Aber der andere antwortete nur mit wenigen Silben, fassungslos, Tränen in den Augen. Mir selbst stockte der Atem. In acht Stunden, morgen früh gegen 6.00 Uhr, würden die Todesurteile voll-

streckt sein. So sah ich meinen langjährigen Freund zum letzten Mal wieder. Er war der Alte, so wie ich ihn seit 1928 kannte: aufrecht und in keiner Weise von den zermarternden Ereignissen der Verhaftung, der Vernehmung und den Quälereien, den Tagen des Prozesses mit der Verkündung des Todesurteils, verändert. Immer wieder unterbrach Fritz unser Gespräch, um seinem Kumpel Kraft für die noch verbleibenden Stunden zu vermitteln. Die Justiz des Hitlerstaates hatte ihn bereits vor seinem leiblichen Tod ermordet. Im Gegensatz zu ihm war aus dem früheren, mehr gefühlsmäßig zur Arbeiterbewegung stehenden Fritz Nitzschke ein unbeugsamer Gegner des Faschismus geworden. Als wir endgültig Abschied voneinander nahmen, drückte er mir einen Brief an seine Frau in die Hand. Die letzten Sätze lauteten: „Sei nicht traurig. Ich sterbe für ein Ideal. Und es ist der schönste Tod, für den ein Mann und Vater sterben kann.“ Draußen näherten sich Schritte. Das Schloß der Zellentür wurde entriegelt. Zum letzten Mal blickten wir uns in die Augen.

### **Der „MM“ mußte das Fallbeil selbst schleifen**

„MM“ (Maschinenmeister) hieß im Jargon der Häftlinge der 1. Hauptwachtmeister, zuständig für die große Zentralheizung und alle sonstigen technischen Anlagen. Eines Tages betrat er mit einem fast elegant wirkenden, schmalen, dunkelbraunen Holzköffchen die Tischlerei. Geradewegs ging er in den Maschinenraum. Dort hinten, in der rechten Ecke, war die kleine Schlosserei installiert: Eine Werkbank mit Schraubstock, eine Schleifvorrichtung für die langen Stahlbänder der Bandsäge und eine ebensolche für die breiten Messer der Hobelmaschine. Thomas Mrochen, ein politischer Häftling aus Oberschlesien mit sehr langer Strafzeit, fachlich ein Allerweltskerl, arbeitete dort als Schlosser. Seit Jahren schon sorgte er dafür, daß alles im maschinellen Bereich der Tischlerei mit seinem Maschinenpark ohne technische Störungen abließ.

Zu ihm ging „MM“. Auf die Werkbank legte er das Köffchen und öffnete es. Alle Maschinenarbeiter, etwa zehn an der Zahl, mit einer Ausnahme alles politische Gefangene, blickten neugierig in die Ecke. Was wollte der „MM“ denn von Mrochen? Sie sahen, wie sich ein kurzer, aber gespannter Disput zwischen den beiden entwickelte. „MM“ zeigte wiederholt auf den geöffneten Kasten und die an der Wand stehende Schleifmaschine für die Hobelmesser. Thomas aber schüttelte immer wieder entschieden den Kopf. Wir merkten: da stimmt etwas nicht. Das Gesicht des hochgewachsenen „MM“ wurde immer finsterer. Energisch redete er noch immer auf Mrochen ein, unterstützt durch entsprechende Handbewe-

gungen. Thomas aber verließ nun demonstrativ seinen Arbeitsplatz und ging hin zur Bandsäge, etwa acht Meter von seiner Schlosserecke entfernt.

Andere Kameraden kamen von ihren Maschinen hinzu. Es bildete sich ein kleiner Kreis und wir erfuhren jetzt, was geschehen war. In dem kleinen Holzköfferchen lag das Messer des Fallbeils, etwa 50 cm lang. Es hatte die Form eines Trapezes. Am nächsten Morgen sollten neue Hinrichtungen stattfinden. Der „MM“ war auch für das reibungslose Funktionieren der Mordapparatur verantwortlich. Darum sollte das Messer geschliffen werden, und das mutete er Thomas Mrochen zu. Vergebens! Thomas Mrochen hatte sich geweigert, dafür Helfershelfer zu sein.

Was also blieb dem 1. Hauptwachtmeister übrig? Er selbst stellte sich an die Maschine und schliff das Henkerbeil. Er mußte wohl spüren, in welche Lage er sich gegenüber den Häftlingen gebracht hatte. Immer wieder senkte er den Kopf und blickte über seine starken Brillengläser hinweg zu uns in den Maschinensaal. Von dort aber trafen ihn nur feindliche, oft ironische Blicke. Bei uns kam der nicht an. Wir waren keine Mordgehilfen. Das bekam „MM“ deutlich zu spüren. Fast wie durch Spießruten laufend, verließ er nach etwa 20 Minuten mit seinem Henkerskoffer die Tischlerei.

### **Die Henker-Garage**

Es war 1943/1944, an einem Donnerstag gegen zehn Uhr. Die Sonne schien, aber der Tag hatte furchtbar begonnen: Am frühen Morgen hatten 22 Menschen unter dem Fallbeil ihr Leben gelassen.

Ich hatte seit acht Uhr in der LKW-Garage des Hauses 2 mit kleinen Reparaturen zu tun, als der Hilfwachtmeister Schulz aus der Schlosserei erschien und sagte, ich solle ihm doch für kurze Zeit behilflich sein. „Warum nicht“, erwiderte ich ahnungslos.

Wir verließen die Garage, überquerten den Vorplatz zum Hauptportal des Verwaltungsbaus. Vor der Garage des Hauses 1 blieb Schulz stehen. Hinter dieser Tür, dies wußte ich, stand das Fallbeil; hier fanden die Hinrichtungen statt. Darüber lag die Unterkunft mit den Betten der Außenkolonnen. Mindestens einmal in der Woche hörten wir morgens gegen sechs Uhr das dumpfe Fallen des Fallbeils. So war es auch heute gewesen. Etwa alle drei Minuten drang das Aufschlagen zu uns, den noch Lebenden. Um diese Zeit lagen die Frühstückskuhlen (die Brote)

auf dem Tisch, daneben die braunen Töpfe mit dem Kaffee. Alle schwiegen. Gegenseitig blickten wir uns an, jeder in Gedanken versunken. Dieses Erleben ging mir gerade durch den Kopf. Wachtmeister Schulz öffnete die Garagentür. Zum ersten Mal wurde ich mit dem Grauen konfrontiert. Vorne links, unmittelbar am Garagentor, stand das Fallbeil. Hinten links lag der Zugang zum Flur, durch den die Todeskandidaten hereingeführt wurden. Rechts gegenüber in der Ecke stand ein kleiner Tisch mit den Plätzen für Staatsanwalt und Pfarrer. Wachtmeister Schulz erläuterte: „Den Verurteilten wird dort noch einmal das Todesurteil verlesen. Der Pfarrer darf dann Trost spenden.“

Das Schafott selbst war für die Todeskandidaten beim Betreten der Mordzelle zunächst nicht sichtbar. Ein dunkler Vorhang verdeckte es. Dahinter lauerten die Henker auf ihre Opfer. Bevor der letzte Gang von der Todeszelle, meist einem sogenannten Kammkasten (besonders enge Zellen), zum Schafott angetreten wurde, gab der diensttuende Hauptwachtmeister auf der Station folgende Anordnungen: „Anziehen ist nur die Hose ohne Hosenträger. Strümpfe, Unterhose, Hemd müssen fein säuberlich auf den Hocker gepackt werden. Das Jackett darf nicht angezogen, sondern lediglich über die Schulter gehängt werden.“

Die Hände vor dem Bauch, damit die Hose nicht wegrutschte, so wurden die Häftlinge zum letzten Gang in die Mordgarage geführt. War der Urteilsspruch verlesen, schoben die Henker den Vorhang zurück, griffen den Häftling, rissen ihm das Jackett ab und drückten seine beiden Arme auf den Rücken, er mußte seinen Hals in die halbrunde Öffnung unter dem Fallbeil legen. Ein Hebeldruck ließ das Fallbeil niedersausen, und der Kopf rollte in eine Blechschale. Unten rann das Blut in ein Gefäß. Zum Schluß wurde dem Toten noch die Hose heruntergerissen und der nackte, leblose Körper in die Holzkiste geworfen, den Kopf zwischen den Beinen. In wenigen Minuten war alles vorbei und schon das nächste Opfer an der Reihe.

Anfangs wurden die mit dem Fallbeil Hingerichteten in primitive Särge gepackt und auf einem mit Pferden bespannten Tafelwagen zum Krematorium nach Brandenburg transportiert. Damit die Ladung auf dem Weg von Görden zur Stadt kein Aufsehen erregte, hatte man eine graue Plane fest über den Wagen gespannt. Doch die Zahl der Hinrichtungen stieg von Monat zu Monat, von Jahr zu Jahr. Offenbar war den Juristen des Dritten Reiches ein Sarg für jeden Ermordeten zu kostspielig, denn kurzerhand änderte man das Verfahren. Die Anstaltstischlerei erhielt den Auftrag, einfache Holzkisten zu liefern. Diese bestanden aus rohem

Holz, waren etwa 1,60 Meter lang, 40 cm breit und 30 cm hoch. Die Gefangenen gaben ihnen den Namen „Nasenquetscher“. Wegen der Kürze der Kisten packten die Henker den abgeschlagenen Kopf zwischen die Beine des Ermordeten. Aber selbst eine solche Kiste war der Obrigkeit noch zu teuer. Eine neue Verfügung schrieb vor, auf den Boden des „Nasenquetschers“ einen Lattenrost zu legen; im Krematorium kippte man den Toten dann einfach aus der Kiste. Den leeren, blutverschmierten Sarg brachte das Pferdefuhrwerk zurück zum Zuchthaus.

Alles war „perfekt“ geregelt. Am Tage vor der Hinrichtung wurde jedem Todeskandidaten Blut zur Feststellung der Blutgruppe entnommen. Unmittelbar nach jeder Hinrichtung – zwei Ärzte des Städtischen Krankenhauses saßen bereits mit einer Batterie von Gefäßen an der Garagentür – füllten sie das Blut in entsprechend gekennzeichnete Flaschen.

Als Wachtmeister Schulz die Tür öffnete, verschlug es mir den Atem. Dicke, verbrauchte Luft und Schweißgeruch strömten mir aus dem Halbdunkel entgegen. Schulz betrat die Garage – und erst jetzt erfuhr ich, was er von mir wollte, ich sollte ihm beim Abmontieren des Fallbeils helfen.

Er winkte, damit ich näherzutreten sollte, aber ich konnte keinen Schritt tun, sondern blieb wie gebannt vor der Tür stehen: „Das können Sie von mir nicht erwarten“, sagte ich, machte kehrt und ging kurzerhand, fast laufend, zurück zu meiner LKW-Garage. Dort versuchte ich, das Erlebte zu überwinden. Ich war wie gelähmt.

# Auf zum einheitlichen Kampf gegen die faschistische Diktatur!

## Arbeiter Deutschlands, jetzt geht es ums Ganze!

**Die faschistische Diktatur ist in Deutschland errichtet.**

Die Kräfte der extremen kapitalistischen Reaktion, nationalsozialistische Faschisten und deutschnationale Monarchisten, Großindustrielle und großagrarische Scharfmacher, reaktionäre Bürokraten, Generäle, Barone, Prinzen usw., haben sich unter der Führung der Faschisten, der Nationalsozialisten, vereinigt. Die faschistische Partei erhält die Verfügungsgewalt über die entscheidenden Positionen des Staatsapparates, über Polizei und Armee. Der offizielle Staatsapparat und die SS sowie SA werden unter dem Kommando der Nazis vereinigt.

**Das ist der faschistische Staatsstreich!**  
Fortmit allen Illusionen!

Die Arbeiter wären Narren, wenn sie jetzt abwarten wollten, bis der tatsächliche, der politische Staatsstreich der Reaktion auch juristisch durch einen Bruch oder eine Aenderung der Verfassung festgelegt wird. Das hieße warten, bis die faschistische Regierung sich fest im Sattel fühlt!

Denn die faschistische Diktatur wird in Deutschland ebenso wie in Italien das Papier der geltenden Verfassung zerreißen, sobald sie keinen Widerstand mehr fürchtet.

**Was heißt die Bildung der  
Hitler-Regierung?**

Das heißt, daß Deutschland in ein eben solches faschistisches Staatsgebilde verwandelt werden soll, wie es das heutige Italien ist, in ein Reich des Hungers, der Zwangsarbeit, der blutigen Unterdrückung, der vollkommenen Rechtlosigkeit des werktätigen Volkes. Das heißt, daß der todkranke Kapitalismus sein Leben dadurch verlängern will, daß er die deuts-

Segen der Staatsgewalt genießt, wird immer brutaler. Gewerkschaftshäuser, Redaktionen von Arbeiterblättern werden zertrümmert, proletarische Funktionäre überfallen. Dieser Terror richtet sich gleicher Weise gegen sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter.

Faschistische Diktatur, das ist die Fortführung des Lohn-abbauens, das ist die Vernichtung der tariflichen Rechte der Arbeiter, das ist der Raub ihrer sozialpolitischen Rechte und die Vernichtung der sozialpolitischen Institutionen. Ueber die Lohn- und Tarifpolitik soll in der neuen Regierung der deutschnationale Hugenberg verfügen, über die Sozialpolitik der Stahlhelm-Führer Seldte. Der kein anderes soziales Ideal kennt, als den altpreußischen Kasernenhof.

Faschistische Diktatur ist Zwangsarbeit! Unter der Leitung von Seldte soll die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden, die SA- und SS-Gruppen sollen im Rahmen der Arbeitsdienstpflicht staatliche Funktionen erhalten, d. h. die deutschen Arbeiter sollen unter der Aufsicht und dem Kommando der braunen Terrortruppen Fronarbeit leisten.

Faschistische Diktatur, das sind neue Milliarden-geschenke an die Großindustriellen, Bankiers und Agrarier. Die Nutznießer der Osthilfe-Korruption waren es, die am eifrigsten bei der Bildung der Hitler-Regierung mithalfen. Der neue Wirtschaftsdiktator Hugenberg ist ein Vertrauensmann der Schwerindustrie und der ostelbischen Junker, die neue Subventionen auf Kosten der Werktätigen haben wollen. Unter der Maske der Arbeitsbeschaffung soll zur Sanierung der bankrotten Großindustriellen und Junker die Notpresse in Bewegung gesetzt werden, die Schrecken der Inflation, dieser systematischen Senkung der Löhne der Arbeiter und Enteignung der kleinen Leute, sollen wiederkehren!

Die faschistische Diktatur ist eine Regierung des Imperialismus. Die Nationalsozialisten sind die Faschisten. Sie wollen, daß sie einen neuen

Gegen diese Gefahren müssen alle Arbeiter, alle Werktätigen Deutschlands unverzüglich den Kampf aufnehmen! Hier darf es kein Schwanken, kein Zögern geben!

## Es gilt, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen!

Nur weil die deutschen Arbeiter die faschistische Gefahr nicht ernst nahmen, weil sie im Nationalsozialismus eine Einheitsorganisation sahen, die von selbst an ihren Widersprüchen zusammenbrechen müsse, weil sie deshalb dem Faschismus keinen einheitlichen, entschlossenen, außerparlamentarischen Widerstand entgegensetzten, weil sie sich nicht einheitlich gegen die Kapitaloffensive wehrten, deshalb kann die kapitalistische Reaktion jetzt aufs Ganze gehen, deshalb besaß der Faschismus an die Macht gelangen.

Aber nun darf es kein Schwanken, kein Zögern, keine Nachsicht geben. Die Arbeiterorganisationen sind noch intact. Jetzt ist der Augenblick da, wo sie überall für den Einsatz aller proletarischen Kräfte einstreuen müssen, wenn verhindert werden soll, daß die faschistische Diktatur sie einzeln zertrümmert und vernichtet.

## Kein Abwarten, keine Illusion, kein Hoffen darauf, daß die Hitler-Regierung von selbst abwirtschaften werde!

Die faschistische Diktatur wird ihre inneren Widersprüche, wird die widerstreitenden Interessen der einzelnen Gruppen der deutschen Kapitalistenklasse dadurch zu überbrücken suchen, daß sie erst recht die werktätigen Massen ausplündert, daß sie erst recht alle ihre selbständigen Regungen unterdrückt, daß sie erst recht den blutigen Terror gegen sie entfesselt!

## Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wahrt euch, solange die faschistische Diktatur ihre Fülle nicht vertriebt hat! Eure Haltung in diesen Tagen ist entscheidend für das Schicksal, das die deutsche Arbeiterklasse in den nächsten Jahren erdulden muß. Gelingt es der faschistischen Diktatur, die Arbeiterorganisationen zu zertrümmern, dann ist ein langwieriger, unaufhörlich opferreicher Kampf notwendig, bis das Proletariat wieder einen neuen Angriff auf das Kapital und den Faschismus führen kann.

Die faschistische Diktatur wird nicht freiwillig abtreten. Sie kann nicht mit parlamentarischen Mitteln gestürzt werden, sondern einzig und allein durch die außerparlamentarische Aktion der Arbeiterschaft.

## Schließt euch überall zusammen!

Fordert von den Instanzen der SPD, der ADGB und der KPD die gemeinsame außerparlamentarische Aktion zum Sturz der faschistischen Diktatur!

Faßt in allen Betrieben und allen proletarischen Organisationen entsprechende Resolutionen!

Sendet Delegationen an die Instanzen, um sie unter Druck zu setzen!

Die deutsche Arbeiterschaft muss einheitlich entscheiden!

Wahl: in den Betrieben Aktionsausschüsse, die die Arbeiter aller politischen Richtungen umfassen!

Tretet für die Bildung antifaschistischer Kartelle aller Arbeiterorganisationen in allen Orten Deutschlands ein!

Veranstaltet Versammlungen, Kundgebungen, Proteststreiks gegen die faschistische Diktatur! Erzwingt das Zusammenwirken aller proletarischen Abwehrorganisationen gegen den faschistischen Terror!

Schafft überparteiliche antifaschistische Abwehrorganisationen!

Kämpft für die Beseitigung der faschistischen Diktatur!  
Niederkämpfung der konterrevolutionären Garden (SA, Stahlhelm usw.)!

Verteidigung der Arbeiterorganisationen!

Verteidigung der Existenz und Rechte der Gewerkschaften, der tariflichen und sozialpolitischen Rechte der Arbeiter!

Aufhebung aller Notverordnungen!

Arbeitsbeschaffung auf Kosten der Besitztenden!

Die bürgerliche Demokratie hat den Faschismus hervorgebracht! Eine erfolgreiche Aktion gegen den Faschismus, die sich auf die Wiederherstellung der bürgerlichen Demokratie beschränkt, würde dadurch dem Faschismus eine Atompause zu neuem Aufstieg gewähren!

Nur die Klassenorgane des Proletariats können die faschistische Gefahr für immer bannen!

Die SPD-Instanzen nehmen die gleiche schmähliche Haltung ein wie vor dem 20. Juli. Sie kapitalisieren Kampfes vor der Errichtung der faschistischen Diktatur. Sie fordern die Arbeiter auf, sich widerstandslos niederknügen zu lassen! Sozialdemokratische Arbeiter, durchkreuzt dieses

Die KPD-Führung, die das Verdrängen des Faschismus und den Verrat der SPD dadurch begünstigt hat, daß sie ein einheitliches Zusammengehen mit den reformistischen Organisationen gegen Faschismus und Kapitaloffensive ablehnte, erklärt sich jetzt in zwölfster Stunde zur gemeinsamen Durchführung von außerparlamentarischen Massenaktionen mit SPD und ADGB bereit. Aber sie fordert die Instanzen der SPD und des ADGB nicht zu Spitzenverhandlungen zu diesem Zweck auf, sie tut nichts, um in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den proletarischen Massenorganisationen die Arbeiter für eine solche gemeinsame Aktion zu mobilisieren!

Kommunistische Arbeiter! Jetzt, in der Stunde der höchsten Gefahr für die gesamte deutsche Arbeiterklasse und für die KPD, dürft ihr euch durch die falsche Taktik eurer Führung nicht die Hände binden lassen! Tretet überall für die Schaffung der Einheitsfront ein, für die Entsendung von Resolutionen und Delegationen an die Instanzen, für die Bildung von Einheitsfrontorganen! Kämpft mit der KPD-O. dafür, daß die kommunistische Bewegung in Deutschland die eine einheitlich richtige Politik vertritt!

Jeder deutsche





# Der Metallarbeiter

## Organ des Aktions Ausschuss

### Gruppe Metall

Das Ja aus dem Käfig.

Die Terrorwahlen sind vorüber. Die faschistische Regierung hat ihre "Volksabstimmung", die der faschistischen Diktatur und ihren braunen Banden bescheinigt, dass sie im "Namen der Mehrheit" die Kapitaloffensive gegen die werktätigen Massen fortführen, die Werkstätten terrorisieren, die Arbeiter und Kleinbürger ausplündern, den Industriellen, Junkern und Finanzhaken ihren Profit und ihr Wohlleben sichern können.

Die Wahlstatistiken und Wahlresultate sind eine ungeheuerliche und beispiellose Fälschung. Die ersten Wahlergebnisse in der Presse und im Rundfunk weisen zum Teil einen hohen Prozentsatz der Nichtwähler und der Neinstimmen, sowie ungültigen Stimmen auf. Ein Wahlresultat aus dem Prenzlauer Berg im Rundfunk lautete auf 1650 Wahlbeteiligte und nur 650 Nazi-Stimmen. Im Stimmbezirk 45, Boxhagenerstr. 56 waren 27% der Stimmen ungültig. Im Rundfunk wurde alle bald bekannt gegeben, dass keine Wahlresultate an die Funktaste, sondern nur an das Propagandaministerium weiterzugeben seien. Unter dem Stab von Göbbels wurden die Zahlen zurecht gefälscht.

Aber die Fälschung war allgemein. Sie begann im Wahllokal. Uebereinstimmend wird uns aus den Wahllokalen berichtet, dass die Stimmzettel die durchstrichen, oder mit KPD oder SPD gekennzeichnet waren, als Nazi-Stimmen gewertet wurden. In vielen Wahllokalen wurde das Publikum bei der Anszählung rausgeworfen. In einem Neuköllner Wahllokal wagte ein Prolet zu protestieren, dass die Zettel mit KPD Aufschrift als Nazi-Stimmen gewertet wurden. Aber der Protest war zu schwach. Wer kennt alle die Methoden der Wahl-Fälschung? Wie ist das Chemnitzer Resultat mit 100% Stimmen für die Nazi anders als mit skrupelloser Fälschung zu erklären?

Der "Wahltag" und die "Wahlvorbereitung" stand ganz im Zeichen der schärfsten Kontrolle der Wähler durch die S. A. Der letzte Wähler wurde geschleppt; sie wurden faktisch zur Wahlurne getrieben. Der Nichtwähler galt als "Staatsfeind". Aber Reklame, Wahlaache, Hitlerrede und Beelabschehen konnten nicht die beabsichtigte allgemeine Wahlbegeisterung erzeugen.

Die Hitlerrede am Freitag vor der Wahl musste swar von allen Betriebs- und Büroangehörigen abgehört werden, aber auf den Strassen waren die Menschen wie weggeblasen. Bei den Uebertragungen der Rede kam es fast nirgends zu Beifallsaussparungen. Die von dem Propagandaministerium veröffentlichten Wahlresultate sind kein wahres Spiegelbild der wirklichen Stimmung.

Die wirkliche Stimmung der Unzufriedenheit muss organisiert werden. Die Arbeiterklasse kann nur zur Kraft werden durch die Organisation. In diesem Sinne ist zu arbeiten. Trops alledem.

(Oktober 1933)

## Die sozialen Versprechungen der Nationalsozialisten.

Als die Nazi mit dem Gelde der Grossunternehmer, der Hochfinanz und der Grossagrarien ihre skrupellose Agitation gegen den Nachkriegsstaat und gegen die sozialistische Bewegung durchführten, versprachen sie den deutschen Proletariern Verbesserung ihrer sozialen Lage durch sofortige Aufhebung der Notverordnungen die unter Brüning und hauptsächlich Papen, der Arbeiterschaft aufgezungen waren.

Den Rentnern, Kriegsoffern und Hinterbliebenen wurden nicht nur die Wiederherstellung ihrer früheren Bestige zugesagt, sondern der Dank des Vaterlandes sollte in wesentlicher Erhöhung der Renten seinen Ausdruck finden.

Den Arbeitslosen wurde der Rechtsanspruch für die Arbeitslosenunterstützung zugesagt. Die Bedürftigkeitsprüfung sollte verschwinden und die früheren Unterstützungssätze wieder hergestellt werden.

Alle diese Besserungen wurden dem deutschen Proletariat versprochen, trotzdem die Führer der Nationalsozialisten von den eingangs genannten Kreisen die Geldmittel für ihre Hetze und für den Aufbau der braunen Privatarmee nur deshalb bekamen, weil sie sich verpflichtet hatten, die von den Marxisten aufgebaute soziale Fürsorge und eroberte politische Macht restlos zu beseitigen.

Die von den Unternehmern abgrundtief gehasste soziale Fürsorge war die Ursache, und um diese Fürsorge zu zerschlagen, deshalb warfen die deutschen Unternehmer ungesählte Millionen den Nazi hin.

Ein erheblicher Teil des deutschen Proletariats ist auf diese bodenlose Heuchelei hereingefallen und hat Deutschland dem Nationalsozialismus ausgeliefert. Mit welchem Erfolg, kann heute jeder Prolet selbst feststellen.

Als besonderes Verdienst ihrer Herrschaft stellen die Nazi die erhebliche Einschränkung der Arbeitslosigkeit hin. Diese Behauptung reißt sich würdig jeder anderen Heuchelei an. Die Befreiung der rein agrarischen Gebiete in Ostpreußen und Pommern während der Ernteszeit von Arbeitslosen ist in jedem Jahre eingetreten. Die Junker hatten noch sehtausende von polnischen Wanderarbeitern jedes Jahr gefordert und bewilligt bekommen, weil die Zahl der in diesen Gebieten vorhandenen Arbeitskräfte nicht ausreichte, um die Erntearbeit rechtzeitig zu bewältigen. Die Junker und Bauern sollen jetzt auf Weisung der Naziregierung die Arbeitskräfte auch im Winter nicht entlassen; es wird ihnen nicht schwer fallen, weil sie diese Arbeitskräfte nicht zu bezahlen brauchen, im Gegenteil bekommt jeder ländliche Arbeitgeber vom Staat noch monatlich eine erhebliche Summe für jeden behaltene früheren Arbeitslosen.

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit bei der Industriearbeiterschaft wird durch demagogisch statistische Tricks erlogen. Man nimmt die Neuanmeldungen der Krankenkassen, bei der sich jeder in Arbeitretende innerhalb drei Tage versichert haben muß. Da heute die Beschäftigung fast ausschließlich kurzfristig ist, bekommt man eine grosse Zahl in Arbeitgetretener weil - man die Abmeldungen nicht zählt.

Das ist das gegenstandsreiche soziale Wirken der Diktatur des Geldsacks, den man zum leichteren Betrug der Arbeiter nur das braune Maskenkostüm umgehängt hat.

**A 1 G Treptow.** In der Abt. Sch. wurden für die Nachtschicht am laufenden Band SA-Leute eingestellt. Stundenlohn 72 Pfg. Bei der Lohnzahlung wurden jedoch nur 66 Pfg. verrechnet. Aus Protest ruhte eine halbe Stunde lang die Arbeit. Erst nach energischer Vorstelligung beim Betriebsrat erhielten sie dann die Differenz nachbezahlt.

In einer anderen Abt. des Werkes protestierten die SA-Leute im Treppenflur durch Abfeuern ihrer Revolver; die Waffen wurden ihnen darauf abgenommen.

**Osram:** Die Nazidirektion stellte für den Abort einer Abteilung einen besonderen Aufpasser ein. Er sollte verhindern, dass dort geraucht oder zu lange gesessen wird. Ein beherzter Arbeiter packte diesen Wicht bei Kopf und Wassersack und warf ihn hinaus. Trotz eifriger Suche ist der Täter bisher nicht gefasst worden.

**Agus-Motoren:** Die Belegschaftsstärke ist von 97 Mann im Januar auf 283 Mann Ende Oktober gestiegen. Teilweise wird in zwei Schichten zu je zwölf Stunden gearbeitet. Produktionszweig - Flugzeugmotore.

Der kommissarische Betriebsratsvorsitzende musste wegen Untertue fristlos entlassen werden.

**Arabi - Butt:** Der kommissarisch eingesetzte Betriebsrat wurde seines Postens entoben. Gründe dafür sind der Belegschaft offiziell nicht bekannt geworden. Ein Gerücht besagt, es fehlen einige hundert Mark, nach einer anderen Version soll ein Kampf zwischen Betriebsrat und dem Nazi-Betriebsleiter, gleichzeitigen Standartenführer Mühlberg, stattgefunden haben.

**Bergmann-Rosenthal:** Den Umschwung Deutschlands zum dritten Reich benutzte Bergmann dazu, erst einmal die Löhne nach unten zu reduzieren, und dann sämtliche Leistungszulagen abzubauen. Besaherdeführenden Kollegen erklärt der Nazi-Betriebsrat, dass der Aufbau der Firma nicht gestört werden darf, das Opfer gebracht werden müssen usw. Kolleginnen die mehr Lohn verlangen, beschuldigt er der Aufwiegelei und lässt sie nach anderen Abt. versetzen. Neuerdings verpflanzt er seinen soldatischen Geist auf Jugendliche und Lehrlinge, indem er wöchentlich einmal mit ihnen sogenannte Körpererleichtigung treibt.

**Fünf Monate nationalsozialistischer D.M.V.**

Die "Deutsche Metallarbeiter Zeitung" vom 21. Oktober bringt auf der Titelseite eine Bilanz der Herrschaft der Nazi im D M V.

Die Mitgliederzahl soll sich verdoppelt haben. Genaue Zahlen aber werden nicht angegeben. Die Verwaltungskosten sollen sich halbiert haben, auch hier verschweigt man Zahlenangaben. Das wichtigste Problem sei nach ihrer Meinung die Altersversorgung. Also nicht die Löhne, nicht ein menschenwürdiges Existenzminimum für die Arbeitermasse. Damit wird wiederum bestätigt, dass die faschistischen Gewerkschaften aufgehört haben Organe für die Verteidigung der materiellen Interessen der Arbeiter, für die Verbesserung der Lebenshaltung, gegen kapitalistische Ausbeutung und Willkür der Unternehmer und des Staates zu sein.

**Der Klassenkämpfer:** So betitelt sich das Organ der illegalen Gewerkschaft im Gross- Stuttgarter- Industriegebiet. In fast allen Stadtteilen bestehen Gewerkschaftsleitungen der Metallarbeiter die sich aus CPD-, SPD- und KPD-Metallarbeitern zusammensetzen. Die Zeitung erscheint 14-tägig in einer Auflage von vorerst 500 Exemplaren.

Feierstunde der Arbeit. Aus einem Siemensbetrieb wird uns gemeldet: Bei der Hitlerrede am Freitag erlebten die Siemensarbeiter eine nette Überraschung. Damit sich kein Prolet von der Feier drücken konnte, wurden sämtliche Aborte dieses Werkes eine Stunde vorher vernagelt.

Die berliner Buchdrucker marschieren mit. Soeben erscheint eine illegale Zeitung der berliner Buchdrucker. Ein neuer Kämpfer in der Front des Neuaufbaus der Gewerkschaften als proletarisches Klassenorgan. Wir wünschen ihnen vollen Erfolg. Es geht vorwärts.



Berliner Verbindungsstudenten singen auf ihren Kneipabenden zum Horst - Wessel Lied noch folgenden Vers:

Die Preise hoch, Kartelle fest geschlossen.  
Die Börsianer ziehn im gleichen Schritt.  
Die Unternehmer sind ja jetzt Parteigenossen,  
und für den Sozialismus sorgt Minister Schmitt.

Der Vertrauensmann. Die illegale, proletarische Klassengewerkschaft kann unter dem faschistischen System naturgemäss keine Massenorganisation sein. Massencharakter wird sie erst annehmen, bei ernsthaften Erschütterungen des Faschismus. Die illegale Gewerkschaft wird eine Kaderorganisation sein. Der Vertrauensmann spielt deshalb eine äusserst wichtige Rolle. Der Vertrauensmann der illegalen Gewerkschaft ist gleichzeitig der Vertrauensmann der Arbeiter im Betrieb, in der Abteilung. Er vermittelt die Gewerkschaftszeitung und die Erfahrungen aus den anderen Betrieben und Industriegruppen.

Der Vertrauensmann organisiert seine Verbandsgruppe, die Verbandsgruppen verbinden sich durch ihre Vertrauensleute von Abteilung zu Abteilung im Betrieb, von Betrieb zu Betrieb im Konzernbereich oder im Industriegebiet bzw. Stadtteil. Sie schaffen sich durch Wahl der Organe von unten nach oben ihre Leitungen. Bei Konflikten in den Betrieben um Lohn und Arbeitszeit, um die sanitären Einrichtungen im Betrieb, gegen das Antreibersystem usw., müssen die Nazianhänger mit herangesogen werden.

Auch G e r a reht sich ein. Ein Aufruf der SPD- und KPDO-Arbeiter in Gera wendet sich an die Arbeiterschaft zur Bildung eines neuen Vertrauensmännerkörpers. Es heisst dort unter anderem:

Kein Klassenbewusster Arbeiter darf den faschistischen Gewerkschaften freiwillig beitreten. Keiner darf dort selbst irgendwelche Funktionen annehmen. Die unter Zwang in diesen "Gewerkschaften" gehaltenen Arbeiter müssen ihre Empörung dadurch zum Ausdruck bringen, dass sie die niedrigsten Beiträge zahlen. Keiner gehört in die NSBO. Der Vertrauensmännerkörper hat sich zur Aufgabe gestellt, der Arbeiterschaft die Rolle der faschistischen Gewerkschaften aufzuzeigen.

# Der Metallarbeiter

## Organ des Aktions Ausschuss Gruppe Metall

Nr 3

10 Mg.

### Arbeiter-Kontrolle der Produktion.

#### 1. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg.

In Wort und Bild wendet sich die faschistische Presse gegen die Kriegerrüstungen der anderen Staaten. Die Hitler-Regierung will damit ihre eigene Aufrüstung rechtfertigen, die sie in der Öffentlichkeit abstreitet und verdunkelt.

Es ist die Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse, die Kriegerrüstungen des faschistischen Deutschlands zu enthüllen und die faschistische Regierung der imperialistischen Kriegerrüstung und der Vorbereitung des Krieges anzuklagen, den Massen der Kleinbürger und der Arbeiter klar zu machen, dass die faschistische Diktatur zur Katastrophe treibt, dass nur der vollständige Bruch mit der imperialistischen Politik, der Sturz der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer faschistischen Agenten, dass nur die Errichtung der proletarischen Diktatur die Katastrophe Deutschlands verhindern kann. Nur eine solche Politik wird Deutschland wieder Sympathien und Bundesgenossen bringen, so wie die Sowjet-Union in ihrer Außenpolitik erfolgreich ist, zuletzt durch die Anerkennung der USSR durch die Vereinigten Staaten Nord-Amerikas. Selbst die deutsche faschistische Presse müsste die Sowjetpolitik als Friedensfaktor anerkennen.

Der Austritt Hitler-Deutschlands aus dem Völkerbund ist begleitet von einer fieberhaften Kriegerrüstung aller kapitalistischen Staaten. Wie sehr die Verhältnisse sich verschärft haben, beweist die Rede des engl. Außenministers Simon, der jetzt von "geregelter Aufrüstung" spricht. Die Rüstungen nehmen ein solches Ausmaß an, dass die Diplomatie nicht mehr wagen kann, dem Schwindel von der Abrüstung das Wort zu reden.

In Deutschland macht die Kriegsproduktion einen wesentlichen Teil der angekurbelten Wirtschaft aus. Alle Grossbetriebe liefern heute Teile von Kriegsmaterial. Bei Schwarzkopp werden wieder Torpedos, bei Siemens und A E G Flugzeugteile, bei Siemens-Lichtenrade Scheerenfernrohre, bei Daimler modern Raupenschlepper, bei Borsig Tank- und Maschinengewehrteile, bei Amal Ganzschiff-Flugzeuge hergestellt. Die militärische Erziehung der breiten Volkmasse macht Riesenfortschritte. Die NSBO-Fachschaften werden militärisch ausgebildet. Mit den Luftschutzübungen werden immer breitere Kreise erfasst. Die militärische Aufrüstung findet auch in der Wirtschaftsstatistik ihre volle Bestätigung. Die Erz-Eisen-Stahl- und Kohlenproduktion nimmt zu, trotzdem die Ausfuhr stagniert und die Maschinenproduktion sich verringert. Die Einfuhr von Nickel wurde enorm gesteigert, während die Brickettproduktion um 5% hinter dem Vorjahr zurück liegt. Letztere ist im Oktober um 10% gegenüber dem Vormonat gesunken. Durch die gesunkene Kaufkraft

(Dezember 1933)

verringert sich die Produktion der Bedarfsartikel. Die gesteigerte Metallgewinnung verschwindet in der Produktion von Kriegsmaterial.

Die deutsche Arbeiterklasse muss den Kampf gegen den imperialistischen Krieg führen, wenn sie nicht an die Seite der faschistischen Abenteurer marschieren will. Die deutsche Arbeiterklasse ist an keinen Sieg des faschistischen Deutschlands interessiert. Sie muß seine Niederlagen wollen. Die Arbeiter müssen feststellen, in welchem Ausmass Kriegsmaterial hergestellt wird. Die Kontrolle der Produktion von Kriegsmaterial muss organisiert werden. Das ist ein Teil des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg.

Wir stimmen nicht ein in den Chor der Nationalisten: "die andern rüsten". Wir klagen die eigene Regierung, wir klagen das kapitalistische imperialistische System an. Wir erklären mit Karl Liebknecht: DER FEIND STEHT IM EIGENEN LAND. Der deutsche Faschismus muss von der deutschen Arbeiterschaft geschlagen werden. Seine Kriegspolitik muss von den deutschen Werktätigen bekämpft werden.



*Das ist der Unternehmer, der Herr Ley erklärte, er könne von morgens bis abends durch seinen Betrieb spazieren; seine Arbeiter seien alle in der M.S.B.O. Freude und Zufriedenheit herrsche wieder. Am Bierfisch verplauderte er sich dann und behauptete, M.S.B.O. bedeute eigentlich:*

*Nischt Sagen Bloss Opfern*

Nicht die Orientierung nach der nationalen Bourgeoisie, sondern der proletarische Klassenkampf schafft die internationale Solidarität des Proletariats. Allein die proletarische Klagenaktion sichert den Frieden. Das Ducken vor den Kriegstreibern, die Einordnung in die nationale Front fördert und begünstigt den Krieg. Fallt den Kriegstreibern in die Arme, organisiert den Kampf gegen die Kriegsproduktion durch die Arbeiterkontrolle der Produktion.

2. Gegen die Teuerung - für höhere Löhne.

Die Preise hoch, Kartelle fest geschlossen....., dass ist nicht nur ein geflügeltes Schlagwort geworden; es ist die faschistische Wirklichkeit.

Die braunen faschistischen Lügenmüher reden den werktätigen Massen ein, ihre Lebenshaltung habe sich gebessert. Widerspruch bedeutet Konzentrationslager. In Wirklichkeit erlebten wir eine unerhörte Teuerung. Margarine ist um 30 bis 50%, Butter um 35%, Fett um 25%, Hülsenfrüchte um 20%, Fleisch um 10% im Preise gestiegen. Der landwirtschaftliche Index stieg um 15%. Textilwaren wurden teurer. Nur eine feige und niederträchtige Kreatur, die vor den neuen faschistischen Herren winseln, schwätzen von einer Besserung. Und die Arbeiterlöhne? Und die Arbeitslosen? Bei steigenden Preisen wurden weder Löhne noch Unterstützungen erhöht. Teuerung brachte die faschistische Diktatur, das ist das dritte Reich. Und was sagen die faschistischen Schwindler? Hören wir, was der "Deutsche" das Organ der faschistischen Arbeitsfront schreibt:

// Nun sind da und dort Löhne gesenkt worden. Diese Tarifunterschreitungen auf der einen Seite und Preiserhöhungen auf der anderen Seite sind verantwortungslos, stören die Politik der Reichsregierung und verstossen ausserdem gegen das ungeschriebene Gesetz der Volksgemeinschaft. //

Nicht nur da und dort, sondern allgemein wurden die Löhne gesenkt. Was tut die Arbeitsfront? Sie fällt den Arbeitern, die sich dagegen auflehnen in den Rücken. Die Schleimer von Amtswalter und NSBO-Beauftragten denunzieren die kampfwilligen Arbeiter bei der S.A. und der Gestapo. Die Faschisten haben die vom Staate und Unternehmer unabhängigen Gewerkschaften im Auftrage des Grosskapitals zerschlagen, die Widerstandskraft der Arbeiter gegen kapitalistische Ausbeutung

und Ausplünderung somit gebrochen. Die Faschisten in der Regierung, in der Arbeitsfront tragen die volle Verantwortung für die Folgen ihrer Politik, für die Teuerung, für die Verelendung weiter Volkskreise.

Die faschistischen Führer versprachen, dass die Tarife nicht beseitigt werden. Jetzt stellen sie fest, dass nicht nur die übertariflichen Löhne beseitigt, sondern die Tarife selbst unterschritten wurden.

Man muss die Faschisten stellen im Betrieb, in der Arbeitsfront, dass die Unternehmer, die gegen das geschriebene Gesetz verstossen, volle Freiheit geniessen, die Arbeiter aber an Händen und Füssen gefesselt sind, die Funktionen der Arbeiter in die Gefängnisse und Konzentrationslager getrieben, und ihre Familien bitterer Not ausgesetzt werden. Im dritten Reich können die Unternehmer ungestraft gegen das geschriebene Gesetz verstossen. Ein Beweis mehr, dass die faschistische Diktatur ein Werkzeug zur brutalen Niederhaltung der Werktätigen ist. Die faschistische Volksgemeinschaft ist ein grandioser Betrug, in der die Schaffenden darben und die Raffenden pressen. Ein frischer Schwindel ist die Ankündigung, dass die kapitalistischen Preistreiber und Profitmacher im Konzentrationslager gemeinsam das Lied singen könnten:

Verhandlung mit der R.G.O.  
Vom E.V.M.B. wurden wir zu einer  
Besprechung eingeladen. Der  
Bericht folgt in der nächsten  
Nr. des Metallarbeiters.  
Der AKA.

Not ausgesetzt werden. Im dritten Reich können die Unternehmer ungestraft gegen das geschriebene Gesetz verstossen. Ein Beweis mehr, dass die faschistische Diktatur ein Werkzeug zur brutalen Niederhaltung der Werktätigen ist. Die faschistische Volksgemeinschaft ist ein grandioser Betrug, in der die Schaffenden darben und die Raffenden pressen. Ein frischer Schwindel ist die Ankündigung, dass die kapitalistischen Preistreiber und Profitmacher im Konzentrationslager gemeinsam das Lied singen könnten:  
Die Preise hoch - Kartelle fest geschlossen.

Die Arbeiterklasse hat kein Vertrauen zu den Nazis. Sie kann nur auf eigene Kraft bauen. Sie muss sich Rechenschaft ablegen, wie und mit welchen Mitteln sie sich jetzt, entsprechend ihren Kräften, der Preistreiberei und des Lohnraubes erfolgreich entgegen werfen kann.

Lenin schrieb 1917 kurz vor der Machtergreifung:  
Die Entlarvung der Kapitalisten ist der erste Schritt zu ihrer Bändigung. Wenn der Schleier von der Orgie der Marodeure heruntergerissen ist, so ist das der erste Schritt zum Kampf gegen die Maradeure.

Die Preissteigerung muss aufgezeigt werden. Die Arbeiter müssen die Geheimnisse der kapitalistischen Produktion ans Tageslicht zerren, die Produktionskosten feststellen, die Profite der Unternehmer und des Grosshandels enthüllen.

Die Lösung der Arbeiterkontrolle der Produktion schafft auch die Grundlage für ein Bündnis der städtischen und ländlichen Mittelschichten mit der Arbeiterklasse. Dem städtischen Kleinbürger, Handwerker, Beamten und Angestellten trifft der Preiswucher des Trust- und Monopolkapitals mit gleicher Schärfe wie dem Kleinbauer und dem dörflichen Handwerker.

Die Arbeiterkontrolle der Produktion, die Preiskontrolle darf nicht in Kleinlicher Katzbalgerei mit einzelnen Elementen ausarten, sie muss vielmehr den gemeinsamen Gegensatz gegen das ausplündernde Monopolkapital herausstellen und die breite Unzufriedenheit in der betrogenen Mittelschicht unter der Führung der Arbeiterklasse organisieren.

3. Die Aufgaben der illegalen Gewerkschaft.

Die illegale Gewerkschaft muss sich dieser Aufgabe annehmen. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion wird den faschistischen Volksgemeinschaftsschwindel gründlich entlarven. Er führt die Arbeiter gegen die kapitalistische Klasse zusammen. Er ist um so wichtiger, als heute die Widerstandskraft der Arbeiter nur erst in einzelnen Fällen zu direkten Aktionen gegen faschistische Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung ausreicht und die Arbeiter sich erst langsam

wieder ihre gewerkschaftlichen Organisationen aufbauen können. Jeder Lohnabbau, jede Akkordreduzierung muss auf geschlossenen Widerstand der Arbeiter stossen. Der Kampf für höhere Löhne muss unverzüglich organisiert werden. Die Gefahr noch grösserer Verelendung der Volksmasse ist riesengross. Die illegale, unabhängige, proletarische Klassengewerkschaft muss ausgebaut werden. Eine Gewerkschaft der Klasse, nicht der Partei. Parteigewerkschaften vermögen nicht die ganze Klasse zu erfassen; Parteigewerkschaften können nicht die Einheit der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampfe herstellen, sie zerstören die notwendige einheitliche Kampffront der Arbeiter gegen den faschistischen Unternehmer und Staat, sie ermöglichen nicht den Kampf gegen den niedergehenden Kapitalismus und die faschistische Barberei, sie müssen vielmehr die Arbeiter in eine neue Niederlage führen - trotz aller Differenzen im faschistischen Lager.

Die illegale Gewerkschaft muss alle Klassenbewussten Arbeiter sammeln, sie muss ein weites Netz von Vertrauensleuten in jeden Betrieb, in jeder Abteilung schaffen. Widerstand resignierter "Bonzen" muss durch eine zähe Aufklärungsarbeit gebrochen werden. Eine Herkulesarbeit inmitten des faschistischen Hexensabbats, jedoch nichts Gringeres als sozialistische, revolutionäre Pflicht.

-----

**Kapitalistische Anarchie.** Auf den Halden der Ruhrgas AG Essen liegen mehr als 5,9 Millionen Tonnen Koks. Die Riesenhalden im Oberschlesischen Bergbau beginnen zu brennen. Es ist kein Profit bringender Absatz da, ergo bleiben die Vorräte auf den Halden und werden der Vernichtung preisgegeben. Proleten können zu Hause frieren. Die Steinkohlenproduktion stieg im Oktober um 4,7%, die Brikettproduktion weist einen Rückschlag von 9,5% auf. 6% Dividende bei Rheinmetall aus Russenzahlungen. (DAZ. 24.12.) Die Umsätze im Einzelhandel sanken vom 36 Milliarden Mark im Jahre 1929 auf 22 Milliarden Mark im Jahre 1932. In den letzten 5 Jahren sind 40 000 Einzelhandelsbetriebe zusammengebrochen. Das Ruhr- und Aachener Kohlengebiet soll in einem Syndikat vereinigt werden um die Aachener Konkurrenz mit 5 Mark und mehr pro Tonne unter den Ruhrpreisen aus dem Felde zu schlagen. Die Verluste im privaten Bankwesen belaufen sich auf etwa 12%.

seitdem  
in Adolf  
zu dem  
Steuer,  
a ist die  
hier gleich  
ik mal so  
teuer.



**Die Steuereinnahmen im September.** Die Lohnsteuereinnahme betrug 58,8 Millionen gegenüber 60,8 Millionen Mark im Vorjahr. Die Kapitalertragssteuer ergab 0,5 Millionen, gegenüber 1,5 Millionen im Vorjahr. Andere Einkommensteuern gingen von 83,9 auf 76 Millionen Mark zurück. Die Umsatzsteuer stieg von 106,1 auf 149,1 Millionen Mark. Gesunkene Löhne, geringere Steuern der Besitzenden und 30% Steigerung der Umsatzsteuer - so spiegelt sich die materielle Seite des Arbeiterhaushalts in der Steuerstatistik im dritten Reich. Die Salzsteuer erbrachte 5,2 Mill. gegenüber 3,6 Mill. Mark im Vorjahr.

**Das Doppelverdiener Problem.** Eine feine Lösung! Eine faschistische Lösung! Wer gilt als Doppelverdiener? Darüber entscheiden die Stellvertreter Adolfs:

1. Der Vorgesetzte bei der Behörde,
2. Der Unternehmer im Betrieb.

**Nach der Arbeit.** NDA, Nach der Arbeit - soll der Titel für die neue Geldeinnahmequelle der Basis lauten. Wir kommen in einem späteren Artikel ausführlich darauf zu sprechen. Unsere Lösung: Fernbleiben, sabotieren.

3. Dezember 1933.





Walter Uhlmann – gezeichnet im Holzkeller der Tischlerei des Zuchthaus-  
ses Brandenburg (August 1938)

### **Zur Person:**

Walter Uhlmann, geb. 1904 in Leipzig; erlernter Beruf Feinmechaniker; 1919 Eintritt in die Freie Sozialistische Jugend (FSJ); seit 1920 gewerkschaftlich organisiert (DMV); Ausschluß aus der KPD Dezember 1928; 1929 Mitglied der Reichsleitung (RL) des oppositionellen kommunistischen Jugendverbandes (KJVO), zeitweilig verantwortlicher Redakteur der „Junge Kämpfer“; 1931 Mehrheitsgruppe der KPO. 1933 Widerstand gegen das NS-Regime; Organisation oppositioneller Gewerkschaftsgruppen (Organ: „Der Metallarbeiter“); Ende 1934 bis 1937 Mitglied des Berliner Komitee's (BK) der KPO; am 22. 2. 1937 verhaftet; im KPO-Prozeß vor dem Volksgerichtshof zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach 1945 zunächst in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), 1953 Flucht in die Bundesrepublik Deutschland. Danach Mitglied der SPD und Redakteur bei der IG-Metall, lebt in Frankfurt a. M.

© 1982 Informationszentrum Berlin  
Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße  
Stauffenbergstraße 14, 1000 Berlin 30  
2. Auflage 1983  
Redaktion: Nicolaus Starost  
Mitarbeit: Hans-Rainer Sandvoß  
Druck: Wilhelm Möller oHG, Oraniendamm 45, 1000 Berlin 28  
ISSN 0175-3592